ISSN 0721-0752

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Ulrich Kriese **3** **Grundsteuerreform: 2019, das Jahr der Entscheidung**

Daniel Mühlleitner **9** **Flächenausweisungszertifikate – Ökonomische Fallstricke und Perspektiven**

Thomas Seltmann **15** **Geld mit Ablaufdatum – Wie sich eine Liquiditätsgebühr auf Bargeld praktisch realisieren ließe**

Beate Bockting **23** **Bargeld im Fokus der aktuellen Geldpolitik**

Ferdinand Wenzlaff **44** **Robert Eisler und die virtuelle Parallelwährung**

Johann Walter **55** **Zukunft des Bargelds: regionale Komplementärwährung?**

Max Danzmann **65** **Warum staatliche Währungen privaten Kryptowährungen überlegen sind**

75 **Personalien - Bücher**

56. Jahrgang **200.** Folge **Juni 2019**

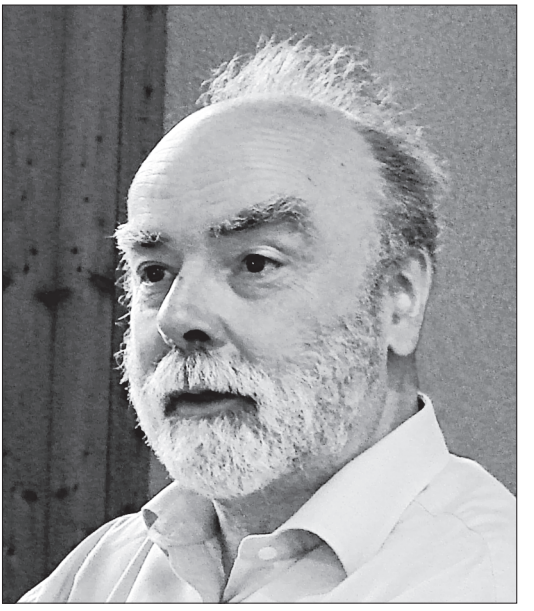
Die letzte Printausgabe.

Fritz Andres

* 26. März 1946 • † 6. Juni 2019 • in Kirn/Nahe

Mit großer Trauer müssen wir Abschied nehmen von unserem hoch geschätzten Freund Fritz Andres, der die ideellen Tätigkeiten unserer „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ 20 Jahre lang als deren 1. Vorsitzender kenntnisreich und umsichtig geleitet und mitgestaltet hat. Während vieler Jahre arbeitete er auch im Vorstand der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mit. Fritz Andres starb nur wenige Monate, nachdem wir uns mit allen Beteiligten darauf verständigt hatten, unsere Tätigkeiten so umzustrukturieren, dass sie sich auch in Zukunft gut fortsetzen lassen.

Aufgewachsen ist Fritz Andres in der rheinland-pfälzischen Stadt Kirn, wo sein Vater und weitere Familienangehörige die seit 1798 im Familienbesitz befindliche Privatbrauerei Ph. & C. Andres betrieben. Im benachbarten Bad Sobernheim besuchte er das Gymnasium. Als er 16 Jahre alt war, nahm ihn sein Nachbar Fritz Penserot, Kaufmann für Lederzubehör in Kirn, zu einer Tagung des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ in Herrsching am Ammersee mit. Dort lernte Fritz Andres die Gebrüder Diether, Heinz-Hartmut und Lothar Vogel kennen und schätzen, die das Seminar leiteten, verstand aber, wie er selbst einmal sagte, zunächst noch kaum etwas von den Themen und Zielen des Seminars. Diese erschlossen sich ihm erst während seines Studiums der Rechtswissenschaften in Frankfurt/M. Zwar teilte er den gesellschaftskritischen Impetus mit der damals einflussreichen Kritischen Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie; jedoch folgte er nicht deren marxistischer Grundausrichtung, sondern suchte Orientierung bei drei Denkrichtungen, die das „Seminar für freiheitliche Ordnung“ zum Ziel einer macht- und privilegienfreien gerechten Welt miteinander verband: Es waren die Pläne zur Reform der Geld- und Bodenordnung von Silvio Gesell, die Dreigliederungsidee zur Ordnung des Sozialen Organismus vom Anthroposophen Rudolf Steiner sowie der Ordoliberalismus der Freiburger Schule zur Ordnung der Wirtschaft von Walter Eucken, Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth.



Nach dem Jurastudium ging Fritz Andres auf eine siebenmonatige große Reise durch Nordamerika. Zu Fuß, per Anhalter oder mit Bus, Bahn und Schiff führte ihn sein Weg durch die Region mit den vier großen Seen, durch Kanada bis nach Alaska, die Westküste entlang bis in den Norden Mexikos und entlang der Ostküste wieder hinauf bis Toronto.

Es folgten berufliche ‚Wanderjahre‘ als Referendar im Bundeskartellamt und in mehreren Brauereien, um anschließend Mitverantwortung in der Leitung der familieneigenen Kirner Brauerei zu übernehmen.

Im ‚Nebenberuf‘ wirkte Fritz Andres fortan zusammen mit den Gebrüdern Vogel, Fritz Penserot und Heinz-Peter Neumann, einem damaligen Direktor aus der Landesversicherungsanstalt Berlin, im „Seminar für freiheitliche Ordnung“ mit und beteiligte sich an der Organisation zahlreicher Tagungen des Seminars – zunächst in Herrsching und später in Bad Boll, wo das Seminar mit dem „Trithemius-Haus“ eine eigene Tagungsstätte unterhielt. Dabei entstanden enge Freundschaften mit den beiden Juristen Eckhard Behrens und Jobst v. Heynitz. Mit ihnen übernahm Fritz Andres ab 1987 die Leitung des Seminars und die Herausgabe von dessen Schriftenreihe

„Fragen der Freiheit“, als die vorherige Generation abtrat. Zugleich begann er, bei diesen Tagungen auch selbst Vorträge zu halten und Aufsätze in den „Fragen der Freiheit“ zu veröffentlichen, zunächst über Themen aus dem Bereich der Reform der Bodenordnung und über die „Bedeutung der Bodenfrage für den Frieden in der Welt“. Auch mit der Idee einer „gemeinschaftlichen Wasserordnung von Israelis und Palästinensern“ und mit der „neuen Bodenordnung in Russland“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion beschäftigte sich Fritz Andres damals; ebenso mit dem jüngst wieder sehr aktuell gewordenen Zusammenhang zwischen dem bestehenden Boden(un)recht und der Wohnungsnot sowie mit einem Übergang von der herkömmlichen Grundsteuer zu einer reinen Bodenwertsteuer.

Nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 in Mittel- und Osteuropa starteten Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst v. Heynitz und Prof. Dr. Roland Geitmann eine „Erbbaurechts-Initiative“ für die fünf ostdeutschen Bundesländer. Sie reisten häufig dorthin, um mit Vorträgen vor Stadt- und Kommunalverwaltungen auf die Möglichkeit hinzuweisen, anstelle einer Privatisierung des bis dahin „volkseigenen“ Bodens durch Verkäufe den Boden im kommunalen und sonst öffentlichen Eigentum zu lassen und nur seine Nutzung für Gebäude und Bauwerke mit dem Erbbaurecht zu privatisieren. Da Fritz Andres die Mitarbeiter/innen in der Geschäftsführung der Kirner Brauerei für die Erledigung der umfangreichen Korrespondenz mit Bürgermeistern und Kommunalverwaltungen in der früheren DDR mit einspannte, machte bald das Wort vom „neuen Politbüro in Kirn“ die Runde. Leider folgte die große Politik dem verfehlten Motto „Rückgabe vor Entschädigung“, was nicht nur zu unzähligen unnötigen Investitionshemmnissen auf dem Weg zur Erneuerung der Wirtschaft in der Ex-DDR führte. Noch bedauerlicher war, dass die Politik damit eine historisch einmalige Chance vergab, das Unrecht der sog. Bodenreform in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ, 1945-1949) im Sinne eines sozialpflichtigen Umgangs mit dem Boden wiedergutzumachen und ein weithin leuchtendes Exempel einer rechtsstaatlichen Prinzipien und dem Grundrechtsschutz des Eigentums entsprechenden Reform der Bodenordnung einzurichten.

Obwohl diesem Ausflug in die aktuelle Tagespolitik kein Erfolg beschieden war, blieb die Reform der Bodenordnung das große Herzensanliegen von Fritz Andres. Ab der Mitte der 1990er Jahre vermochte er die Sicherung seiner Existenz so zu regeln, dass es ihm bei einem bescheidenen Lebensstil möglich wurde, seinen bisherigen ‚Nebenberuf‘ zu einem unbezahlten Hauptberuf zu machen und sich seitdem mit ganzer Kraft für unsere gemeinsamen ideellen Ziele einzusetzen. Obwohl er also einer Familie mit gewissen Privilegien entstammte, galt sein gesamtes Engagement einer macht- und privilegienfreien, gerechten Ordnung von Kultur und Wirtschaft und einer Staatsordnung, in der der Rechtsstaat sein legitimes Machtmonopol nur für die interessenneutrale Gesetzgebung und die Durchsetzung des Rechts zum Schutz der Freiheit der Menschen vor Macht und Gewalt einsetzt. Oberstes Leitbild seines Denkens war eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft, in der die Menschen entsprechend ihrer in der Verfassung verankerten Grundrechte ihre Persönlichkeit frei entfalten können, ohne dabei andere Menschen durch Ausübung von Macht zu unterdrücken.

Zusammen mit Eckhard Behrens und Jobst v. Heynitz intensivierte Fritz Andres fortan seine Tätigkeiten im „Seminar für freiheitliche Ordnung“ in Bad Boll, wo die eigene Tagungsstätte durch seine Initiative in „Schule der Freiheit“ umbenannt wurde. Zeitweise führte er auch Veranstaltungen für Studierende im Umfeld der privaten Universität in Witten-Herdecke durch. Außerdem begann er auch in der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mitzuarbeiten, indem er Vorträge bei den „Mündener Gesprächen“ hielt und Aufsätze in unserer „Zeitschrift für Sozialökonomie“ schrieb. Bei alledem erweiterte sich sein Themenspektrum erheblich. Es entstanden Aufsätze über die Vermachtung der Wirtschaft, über die Veränderung der Unternehmensverfassung durch eine Reform der Geldordnung und über die Kritik am Patentrecht sowie über Fragen des Generationenvertrags, der Bildungs- und Kulturordnung und der Demokratie. Parallel dazu

beschäftigte sich Fritz Andres weiter mit der schon von Leo Tolstoi gestellten großen Menschheitsfrage „Wie viel Erde braucht der Mensch?“ Daraus entwickelte er Vorstellungen von einem „erweiterten Begriff von Nachhaltigkeit“ und nicht zuletzt war er derjenige, der wohl als Erster die Grundgedanken der Reform der Bodenordnung auf die Lösung der klimapolitischen Problematik übertrug. Dabei plädierte er u.a. für eine Pro-Kopf-Rückverteilung von CO_2-Abgaben. Fritz Andres machte deutlich, dass der Boden, die natürlichen Ressourcen der Erde und die Erdatmosphäre Gemeinschaftsgüter aller gegenwärtig und zukünftig lebenden Menschen sind. Angesichts der großen Widerstände gegen diese Einsicht und der immer drängender werdenden Klimaproblematik erwartete er, dass die Menschen am ehesten den Charakter der Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgut der Menschheit erkennen werden und dass dann – wie er es manchmal in Vorträgen formulierte – „die Reform der Bodenordnung eines Tages aus der Luft kommt“. Wenn nämlich die Erdatmosphäre erst einmal als Menschheitsgut anerkannt werde, dann könne sich danach die Einsicht durchsetzen, dass auch andere Ressourcen und schließlich auch die Grundstücke als Gemeinschaftsgüter behandelt werden müssen, damit das Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen verwirklicht werden kann.

Ein ganz besonderes Highlight war eine gemeinsame Tagung der „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und der „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO) im Jahr 2006. Damals fragte uns Fritz Andres, ob er an einem langen Tagungswochenende alle Vorträge halten dürfe, um einmal die große „Interdependenz der einzelnen Teilordnungen“ einschließlich der Boden- und Geldordnungen, der Unternehmensverfassung, der Bildungs- und Kulturordnung und des Generationenvertrags in einen Gesamtüberblick zu nehmen, um den ordnungspolitischen Blick aufs Ganze zu schärfen und um in den Diskussionen das Bewusstsein für den Gesamtzusammenhang der Teilbereiche des Lebens zu vertiefen.

In den folgenden Jahren erhielt Fritz Andres auch Lehraufträge am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier, wo er auch zeitweise im Vorstand und zuletzt als Beisitzer im Verein „Freunde der Hochschule e.V.“ mitwirkte, sowie am Lehrstuhl für Entrepreneurship, den Prof. Dr. Götz Werner, der Inhaber der dm-Drogeriemärkte und Motor der Grundeinkommensbewegung, an der Universität Karlsruhe innehatte.

Zeitweise arbeitete Fritz Andres auch im „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS) sowie in der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen“ von Bündnis 90 / Die Grünen mit, um dort Verständnis für die Notwendigkeit einer erweiterten Bodenreform für die Lösung der Flächenverbrauchs-, Ressourcen- und Klimaproblematik zu wecken. Diese Hoffnung erfüllte sich leider nicht.

Dr. Ulrich Kriese, Dr. Gerhardus Lang, Prof. Dr. Dirk Löhr, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz und Fritz Andres (2017)

Im Laufe der Zeit verfasste Fritz Andres etwa 75 zum großen Teil längere Aufsätze, in denen er seine Lebensthemen grundsätzlich und mit aktuellen Bezügen behandelte. Sie alle bilden einen kostbaren Fundus, auf den Wissenschaftler/innen in Zukunft hoffentlich zurückgreifen werden, wenn sie die Bedeutung der Reformgedanken zur Geld- und Bodenordnung einmal allgemein anerkennen und fragen wer-

den, wer zu ihren Vordenkern und Wegbereitern gehörte. (Eine Liste der in den „Fragen der Freiheit“ erschienenen Aufsätze von Fritz Andres findet sich auf der Internetseite: https://www.sffo.de/sffo/FdF_Alle-Hefte_Autoren.pdf)

Neben seinem großen Arbeitspensum nahm sich Fritz Andres auch Zeit für seine musischen Begabungen. Mit besonderer Vorliebe widmete er sich dem Klavierspiel. Sonaten von Beethoven, Schubert und anderen Komponisten vermochte er auswendig zu spielen. Häufig erfreute er auch die Teilnehmenden von Tagungen in Bad Boll mit seiner eine wohltuende Atmosphäre stiftenden Musik, für die er im Tagungsgebäude des Seminars eigens einen Flügel anschaffen ließ. Wegen ihrer klaren inneren Ordnung bezeichnete Fritz Andres uns gegenüber im Gespräch manchmal die Sonaten von Beethoven als „hörbare Reform der Bodenordnung“. Neben seiner Leidenschaft für die Musik war er auch ein wandelndes Lexikon der Literatur- und Philosophiegeschichte. Am Rande von Tagungen konnte er Tischgespräche und abendliche Gesprächsrunden zuweilen mit frei rezitierten Passagen aus Gedichten von Goethe und Schiller oder Conrad Ferdinand Meyer sowie mit spontanen geistreich-humorvollen Äußerungen verschönern. Besonders liebte er Meyers Gedicht „Der römische Brunnen“ sowie den Roman „Der Graf von Monte Christo“ von Alexandre Dumas und auch die Romane von Hanns-Josef Ortheil.

Zusätzlich zu seinen Tätigkeiten als Organisator von Veranstaltungen sowie als Vortragender und Autor hatte Fritz Andres seit dem Jahr 2000 auch noch die Rolle als 1. Vorsitzender der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ inne, wofür er als versierter Jurist die beste Besetzung war, die wir uns wünschen konnten. Auf allen Ebenen war unsere Zusammenarbeit mit ihm ein großes Geschenk für uns – in der Stiftung, in der SG und in unserem gesamten Umfeld. Fritz Andres verkörperte für uns eine seltene Verbindung von fachlicher Kompetenz mit Gewissenhaftigkeit, Herzenswärme und Humor. Er verstand es, unseren ideellen Bestrebungen als primus inter pares eine verlässliche Struktur zu geben, ohne sich dabei selbst in den Vordergrund zu stellen. Und als in den letzten Jahren finanzielle Engpässe im Haushalt der Stiftung auftraten, sorgte Fritz Andres sogar noch unauffällig für ihre Handlungsfähigkeit, damit unser Ziel, die Printausgabe unserer Zeitschrift bis zur 200. Folge herausgeben zu können, nicht in Gefahr geriet. Großzügig unterstützte er auch die Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

Vor zwei Jahren musste sich Fritz Andres einer großen Herzoperation unterziehen, die er zu seiner und unserer Erleichterung erfreulich gut bewältigen konnte. Jedoch litt er schon seit Jahren an einer Schlafapnoe, die er die meiste Zeit in halbwegs erträglichem Rahmen halten konnte. Seit dem letzten Jahreswechsel verschlimmerte sie sich aber und alsbald traten auch wieder Herzprobleme auf. Bei unseren letzten „Mündener Gesprächen“ im vergangenen März war ihm die Erschöpfung seiner Kräfte anzumerken. Danach äußerte er die Hoffnung, wieder in diejenige Reha-Klinik gehen zu können, in der ihm vor zwei Jahren gut geholfen worden war, und dort wieder zu Kräften zu kommen. Doch wurde ihm diese Reha-Maßnahme nicht bewilligt und es setzte bald ein rapider Kräfteverfall ein. Bei unserem letzten Telefonat sagte Fritz Andres mit schwacher Stimme: „Hier ist gerade Land unter. Ich melde mich in den nächsten Tagen wieder.“ Schon am übernächsten Tag ging sein Leben zu Ende.

Mit Fritz Andres verlieren wir eine tragende Säule unseres ideellen Netzwerks, die sich nicht ersetzen lässt. Bei allem Schmerz bleibt uns nur zu akzeptieren, dass alles seine Zeit hat, und für viel Gutes dankbar zu sein, was in dieser Zeit möglich war und hoffentlich weiterwirkt.

Dipl.-Kfm. Thomas Betz | 2. Vorsitzender der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
Gudrun Müller und Alwine Schreiber-Martens Vorstandsmitglieder der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
Prof. Dr. Dirk Löhr | 1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft
Dipl.-Volkswirt Ass.jur. Jörg Gude | 2. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft
Werner Onken | Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie
Christoph & Gabriele Gauke | Verlag für Sozialökonomie

Bernard Lietaer

* 7. 2. 1942 in Lauwe (Belgien)
† 4. 2. 2019 in Hoyerhagen bei Nienburg

Nach einer erst im fortgeschrittenen Stadium entdeckten Krebserkrankung verstarb kürzlich der belgische Finanzexperte Bernard Lietaer, der gemeinsam mit Prof. Dr. Margrit Kennedy einen maßgeblichen Anteil an der theoretischen Grundlegung von lokalen und regionalen Komplementärwährungen hatte.

Nachdem Bernard Lietaer in seinen jungen Jahren zunächst als Elektroingenieur am MIT in Boston/USA tätig gewesen war (als einer von zehn der besten Nachwuchswissenschaftler), hatte er an der Universität Löwen/Belgien Studien des internationalen Finanzwesens betrieben. Bei der belgischen Zentralbank war Lietaer an der Gestaltung und Umsetzung des Konvergenzmechanismus im europäischen Währungssystem (ECU) beteiligt und wurde anschließend Präsident des belgischen elektronischen Zahlungssystems. Zeitweise war er Generalmanager und Währungstrader beim Gaia Hedgefonds. Das Magazin „Business Week“ ernannte ihn 1990 zum Toptrader der Welt. Nach einer Gastprofessur für Psychologie an der Sonoma State University bei San Francisco/Californien (USA) baute er von 2003 bis 2006 an der Naropa University in Boulder/Colorado (USA) das dortige „Marpa Center for Business and Economics“ auf.

Neben seinen Tätigkeiten in Universitäten und in der Finanzbranche und neben seinen Beratungstätigkeiten für Regierungen, Konzerne und gemeinnützige Organisationen vertiefte sich Bernard Lietaer schon frühzeitig auch in Gedanken zur Reform der nationalen und internationalen Geldsysteme, wobei er sich dem geldreformerischen Gedanken der Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten von Geld“ (Keynes) annäherte und hierfür den Begriff „Demurrage“ verwendete. Vier sich gegenseitig verstärkende Problemfelder waren es, die nach Auffassung von Lietaer unausweichlich eine große Reform von Geld und Währung erforderlich machten: die Erderwärmung mitsamt des Verlustes von Biodiversität, die Überalterung der Gesellschaft, die Revolution der Informationstechnologien und schließlich die Instabilität des globalen Finanzsystems.

Nachdem seine beiden Bücher „Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems“ und „Mysterium Geld – Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus“ um die Jahrtausendwende im Münchener Riemann Verlag erschienen waren, konzentrierte sich Lietaer in Zusammenarbeit mit Margrit Kennedy zunehmend auf die Entwicklung von regionalen und sektoralen Komplementärwährungen. Darin sah er „Rettungsboote“ für die Menschen in kommenden Krisenzeiten. Gemeinsam veröffentlichten Kennedy & Lietaer das Buch „Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand“ (München 2004). Damit verliehen sie hierzulande auch den Regionalwährungen wie dem „Chiemgauer“ einen Rückenwind.

Schließlich kehrte Lietaer noch einmal in den akademischen Bereich zurück und war Research Fellow an der University of California in Berkley (USA) sowie Gastprofessor an der Finanzuniver-

sität in Moskau und an der Sorbonne in Paris. Unterdessen wurde sein Buch „The Future of Money“ in 18 Sprachen übersetzt. In einem Interview mit der Tageszeitung taz (4.6.2012) unterstützte Lietaer die Forderung nach der Einführung einer nationalen Parallelwährung als Ergänzung zum Euro für das krisengeschüttelte und an der Austeritätspolitik der EU leidende Griechenland. Im Dezember 2012 erhielten Margrit Kennedy und Bernard Lietaer den schwedischen Preis „Utstickarpris“ für ihre mutigen Arbeiten zu Geldsystemen, die den Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt dienen. 2013 veröffentlichte Lietaer zusammen mit Christian Arnsperger, Sally Görner und Stefan Brunnhuber einen Bericht für den Club of Rome „Geld und Nachhaltigkeit – von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem“ im Berliner Europa Verlag. In zwei Interviews hat er in den Jahren 2009 und 2016 nochmals zusammengefasst, was ihm als Quintessenz all seiner praktischen Erfahrungen und seines theoretischen Nachdenkens am wichtigsten war: https://monneta.org/media/bernard-lietaer-geld-fu%cc%88r-die-zukunft-auswege-aus-zyklischen-wirtschaftskrisen/ und https://monneta.org/en/media/interview-bernard-lietaer-2016/

Seine letzten Lebensjahre verbrachte Bernard Lietaer zusammen mit seiner Lebensgefährtin Helga Preuß überwiegend in deren Wohnort Hoyerhagen im Kreis Nienburg. So starb Lietaer schließlich nur rund 30 Kilometer entfernt vom „Lebensgarten Steyerberg“, wo er häufiger Gast bei Margrit & Declan Kennedy gewesen war.

Werner Onken

Ab August 2019 erscheint die "Zeitschrift für Sozialökonomie" nur noch als Onlineausgabe: www.sozialoekonomie-online.de www.zfsoe-online.de

BÜCHER

Adam Tooze
Crashed – Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben

(Englisches Original: Crashed – How a Decade of Financial Crises Changed the World, London 2018)
München: Siedler Verlag, 2018. 800 Seiten.

Das Buch des britischen Ökonomen und Wirtschaftshistorikers Adam Tooze ist gewichtig. Auf über 700 Seiten (dazu ca. 80 Seiten Anmerkungen) erzählt Tooze die Geschichte der Finanzkrise seit 2008, aufgefächert in Reportagen aus den USA, aus West- und Osteuropa, Russland und Asien – jeweils mit Blick auf den Finanz- und Bankensektor und die relevanten (wirtschafts-)politischen Akteure. Tooze interpretiert dabei einzelne Geschichten nicht isoliert, sondern als Teil eines großen verflochtenen und zugleich komplexen Krisengeschehens. Er glaubt, dass die 2008 ausgebrochene Krise des „entfesselten Kapitalismus“ weiterhin latent vorhanden ist. Daher gelte es, aus der Krise zu lernen und bei erneuten Krisen die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.

Das Buch ist im Kern chronologisch aufgebaut: von der Entstehung über den Ausbruch und die Ausbreitung der Krise (insbesondere auch in Europa) bis hin zu verschiedenen „Nachbeben“. Tooze verweist diesbezüglich unter anderem auf Entwicklungen in der Ukraine und in China, auf den Brexit-Prozess und auf die Wahl Donald Trumps. So habe etwa die Finanzkrise viele Amerikaner anfällig gemacht für Trumps laute Systemkritik.

Das Buch enthält viele Analysen zur Rolle von Banken, Zentralbanken und Wirtschaftspolitik im Krisengeschehen. Einige Kernaussagen:

- Die Krise entstand in den USA als Bankenkrise, begünstigt durch Liquiditätsüberhänge und „systemimmanent“ durch überzogene Gewährung von Immobilienkrediten und Verbriefungs- und Schuldenkaskaden.
- Schon 2008 haben daraufhin die Amerikaner radikal reagiert und den Banken staatliche Hilfe „aufgezwungen“. Dies ermutigte die Banken,

auch privates Kapital aufzunehmen und die staatlichen Verbindlichkeiten schnell zurück zu zahlen. Die amerikanische Zentralbank (Fed) reagierte zudem mit sehr niedrigen Zinsen und lockerer Geldpolitik. Die Wirtschaft erholte sich.

• Demgegenüber waren die Europäer 2008 zögerlich; hier war die Annahme staatlicher Hilfen für Banken freiwillig, was nach Tooze die Erholung verzögerte. Die EZB senkte ihre Zinsen später und weniger entschlossen und pumpte erst spät offensiv Liquidität in den Markt. Das große EZB-Anleiheankaufprogramm startete erst 2015. Diese schwache Reaktion war laut Tooze für das spätere Entstehen der Eurokrise (mit) verantwortlich. Insbesondere war seiner Meinung nach die konservative Sparpolitik in der Krise falsch und die „Folter" Griechenlands schädlich und überflüssig.

Die deutschen Regierungen der letzten 10 Jahre kommen diesbezüglich bei Tooze nicht gut weg. Aus seiner Sicht störte in der Krise die deutsche Philosophie vom Haushaltsausgleich: die amerikanische Fed half zwar dem „sparwütigen" Europa mit Liquidität (verteilte Billionen Dollar auf beiden Seiten des Atlantiks), dies wurde aber durch die deutsche Sparpolitik quasi neutralisiert. Das Anleiheankaufprogramm der Fed war zwar wichtig und hilfreich, wurde aber von der konservativen Politik heftig kritisiert.

Die EZB unter Trichet reagierte zunächst „deutsch". Sie stellte 2011 harte und problematische Bedingungen für die Bereitschaft, wieder italienische und spanische Staatsanleihen zu kaufen. Neben deutlichen Kürzungen der Staatsausgaben und Steuererhöhungen verlangten Trichet und Draghi im Fall Italiens unter anderem die Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen; ein Vorschlag, welcher zuvor in einem landesweiten Referendum abgelehnt worden war (S. 462). Hier stellen sich Fragen zur Finanzverfassung: Was sollte eine Zentralbank anstreben dürfen? Tooze schildert im Vergleich dazu auch die Geldpolitik der Bank of China (S. 290f): diese praktizierte eine Kreditlenkung von Banken mit dem Ziel, die Kreditvergabe zu fördern. Denn mit zusätzlicher Kreditvergabe können unterbeschäftigte Volkswirtschaften wiederbelebt werden. Chinas Politik war laut Tooze auch deshalb effektiv, weil sie massive öffentliche Investitionen mit einer starken Lockerung der Geldpolitik verband.

„Crashed" ist freilich nicht nur ein Sachbuch zur Wirtschaftspolitik, sondern auch ein Geschichts- bzw. „Geschichtenbuch". Erhellend ist z.B. die Schilderung der Verzweiflung verantwortlicher Entscheidungsträger angesichts riesiger Herausforderungen, unklarem Krisenverständnis sowie politischer Verstrickungen und zahlreicher Nebenkonflikte. Optimale Krisenreaktion war (und ist) vor diesem Hintergrund schwierig.

Ein anderer Erzählstrang des Buches bezieht sich auf das Thema Macht. Der These Pikettys folgend, wonach in Industriestaaten seit Längerem „die oberen 1 %" Wohlstandsanteile hinzugewinnen, weist Tooze auf entsprechende Verlagerungen bei der politischen Macht hin. Dazu zitiert er (auf S. 531-533) unter anderem Paul Krugman: „Selbst bei scheinbar rein technokratischen Fragen wird die Debatte letztlich durch Klassenzugehörigkeit und Ungleichheit geprägt." Robert Reich (Arbeitsminister unter Clinton): „Zunehmende Konzentration politischer Macht in den Händen einer Wirtschafts- und Finanzelite, der es gelungen ist, Einfluss auf die Regeln zu nehmen, nach denen die Wirtschaft spielt" sowie Investor und Milliardär Warren Buffet: „In den letzten 20 Jahren fand … ein Klassenkampf statt und meine Klasse hat ihn gewonnen". Krise und Krisenbewältigung sind nach Tooze auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

Die Fülle der zusammengetragenen Fakten und Informationen ist insgesamt beeindruckend. Die Fakten werden mit hohem Sachverstand interpretiert. Das Buch wendet sich nicht explizit an einen bestimmten Leserkreis. Der interessierte (Durchschnitts-)Leser ist allerdings bei der Lektüre zum Teil sehr gefordert, bisweilen auch überfordert. Besonders einige Stellen der zentralen „Krisen-Kapitel" setzen Vorkenntnisse voraus. Andererseits erzählt Tooze viele Geschichten auch sehr anschaulich. Dies macht das Buch trotz seines Umfangs und der Komplexität des Themas überwiegend gut lesbar.

Inhaltlich argumentiert Tooze primär „keynesianisch". Es fehlt allerdings eine kritische Analyse der Geldordnung. Auch eine wachstums-

skeptische Analyse wird nicht geliefert. Man vermisst zudem umsetzbare Lösungsvorschläge zur Krisenprävention, obwohl solche Vorschläge z.B. in der geldreformpolitischen Literatur durchaus diskutiert werden. Das Buch ist dennoch insgesamt zur Lektüre nachdrücklich zu empfehlen.

Johann Walter

Werner Onken
Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919
Oldenburg 2018. 107 Seiten.

Der Silvio Gesell-Experte Werner Onken hat ein kleines Buch über Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik vorgelegt. Gesell war eine Woche lang im Jahre 1919 Volksbeauftragter für das Finanzwesen. Damit hat Onken eine wichtige Forschungslücke geschlossen. Das Buch hat zum Gegenstand die sozialreformerische Theorie und Praxis der Freigeldlehre und der Bodenreformpolitik im politischen Umfeld der Rätebewegung.

Die Rätebewegung war eine ‚Weltsekunde', als Träumer und Dichter die Macht übernahmen: Kurt Eisner, Ernst Niekisch, Ernst Toller, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Silvio Gesell etc. Träumer ist hier durchaus respektvoll gemeint. Das Finanzwesen wurde dem Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell übertragen. Er vertrat eine Freigeldlehre und forderte eine radikale Bodenreform. Es war eine Position zwischen Sozialismus und Kapitalismus, eine Marktwirtschaft ohne Ausbeutung.

Ausgangspunkt war eine Geldtheorie. Geld bzw. Kapital wird hier als ein mobiles Gut betrachtet, das den beiden anderen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit aufgrund seines Mobilitätscharakters weit überlegen ist. „Da das Geld in seiner bisherigen Form im Gegensatz zur menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen vorübergehend hortbar und obendrein universal, d.h. an jedem Ort und zu jeder Zeit einsetzbar ist, haben Geldbesitzer unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und Hautfarbe einen strukturellen Vorteil, der dazu führt, dass ihnen ein leistungsloses Einkommen in Gestalt des ‚Urzinses' (Gesell) oder, wie es der berühmte Ökonom John Maynard Keynes später ausdrückte, einer ‚Liquiditätsverzichtsprämie' zufließt." (Onken 2018/S.19) Um dies auszugleichen, sollte der Nennwert der Geldscheine jedes Jahr um 5 bis 6 Prozent gekürzt werden, dann wäre die Wirtschaft wieder im Gleichgewicht. Geld sollte also ‚rosten'. „Die Geldscheine sollten zum Erhalt ihres Nennwertes in periodischen Zeitabständen mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden. Dadurch würde der bisherige Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber Arbeit und Waren kompensiert und das Geld neutralisiert – sowohl im Hinblick auf Art und Umfang der Produktion als auch im Hinblick auf die Verteilung." (Onken 2018/S.20)

Es ging Gesell um eine gerechte Ordnung des Geldwesens. Die strukturelle Macht des Geldes und des Zinses sollte gewaltlos gebrochen werden. Die Geldreform sollte von einer Bodenreform ergänzt werden. Gesell ging davon aus, dass die Erde allen Menschen gehört und das Privateigentum an Grund und Boden deswegen abzulehnen sei. Es sollte sukzessive in Gemeineigentum überführt werden. Dann ist die öffentliche Hand für die Verteilung von Grund und Boden zuständig. Private Nutzungsrechte sollten gegen Entgelt vergeben werden. Damit sollte die Spekulation mit Grund und Boden beendet werden. Damit wäre beim Geld und beim Boden das leistungslose Einkommen abgeschafft. „Sobald es im Zusammenhang der Menschen unmöglich wird, leistungsloses Einkommen zu beziehen, weil die bislang privatisierten Bodenrenten allen Menschen zu gleichen Teilen zufließen und die positiven und negativen Abweichungen der Zinsen von null sich gegenseitig neutralisieren, erhalten alle Arbeitenden ihren ausbeutungsfreien vollen Arbeitsertrag. Die Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte könnten dann in ihr Gleichgewicht kommen und sich dabei auch qualitativ verändern." (Onken 2018/S.21)

Gesell forderte eine Vermögenssteuer, um die gesellschaftliche Ungleichheit einzudämmen, zudem sollte die Wirtschaft nicht auf den Schultern von Großkonzernen und Großbanken liegen, sondern auf einer mittelständischen Privatwirtschaft. Gesell, der Erfinder des Schrumpfgeldes, bot somit eine strukturierte Alternative zum Sozialismus und zum freien Kapitalismus. Es ist evident, dass dieses Programm von allen Seiten

vehement bekämpft wurde. Die Sozialisten sahen darin eine utopische Ideologie zur Rechtfertigung der kapitalistischen Ausbeutung, da Gesell am Privateigentum an den Produktionsmitteln festhielt. Die Liberalen zweifelten an der Realitätstüchtigkeit des Konzeptes.

Politisch scheiterten die Reformvorschläge in ganz kurzer Zeit. Gesell wurde verhaftet, aber nicht verurteilt. Seine Gesinnungsgenossen erhielten Haftstrafen. „Unterdessen verurteilte das Standgericht Ernst Toller, Erich Mühsam und Ernst Niekisch zu langen Haftstrafen. Als einer der Anführer der Münchener Räterepublik wurde Erich Mühsam zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt."(Onken 2018/S.75) Kurt Eisner fiel einem Attentat zum Opfer.

Es stellt sich nun die Frage, wie die Reformideen von Silvio Gesell wissenschaftlich zu bewerten sind. Gibt es einen Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber der Arbeit? Oberflächlich betrachtet ja. Das Geld ist beweglich, beliebig transferierbar, ein homogenes Gut also. Die Arbeit ist eher unbeweglich und kaum standardisierbar. Somit hätte das Geld wirtschaftlich einen Vorteil und die Arbeit ist benachteiligt. Es stellt sich aber die Frage, was ist Geld? Es repräsentiert den Wert von Waren der erarbeitet wurde, also ohne Arbeit kein Geld. Somit ist die Schlüsselkategorie für die Wirtschaft nicht wie Gesell meint das Geld, sondern die Arbeit. Sie ist letztendlich für den Reichtum verantwortlich, Geld ist dabei ein wichtiges Hilfsmittel, das in seinen Funktionen gebraucht und missbraucht werden kann. In Inflationszeiten haben die Geldbesitzer sogar massive Nachteile gegenüber den Besitzern von Arbeitsplätzen oder Immobilienbesitzern.

Geht man davon aus, dass der Wert der Waren abhängt von den abgeleisteten Arbeits- und Materialkosten, dann sinken die Werte im Zeitablauf durch die Steigerung der Produktivität. Jedes Jahr können die Waren billiger hergestellt werden. Da das Geld die Erscheinungsform des Wertes ist, müsste sich diese Entwertung im Geld wiederspiegeln. Das Geld hat aber die Eigenschaft, die hinter ihm liegenden ökonomischen Prozesse nur abstrakt zu erfassen, so dass man dem Geldschein die Entwertung nicht ansehen kann. Man darf die Banknote nicht für den Wert selbst halten. Sie ist nur eine Erwartung in Zukunft einen Kauf zu tätigen. Bei Inflation kann man dabei aber herbe Enttäuschungen erleben, was den Wert der Banknote betrifft. Gesell hat das ‚Rosten' des Geldes zwar erkannt, aber falsch begründet.

Überzeugender sind die Ausführungen von Gesell zur Bodenreform. Der Boden gehört allen Menschen, so ist eine rein privatwirtschaftliche Nutzung schwer zu begründen. Die Probleme liegen hier auch heute auf der Hand. Wir haben immer weniger landwirtschaftliche Flächen, völlig überhöhte Immobilien- und Mietpreise. Hier sind auch grundlegende, nichtliberalistische Lösungen gefragt!

Onken weist in seiner kompetenten Analyse zu Recht darauf hin, dass die geldtheoretischen Positionen von Gesell in der letzten Zeit an Aufmerksamkeit gewonnen haben. So beziehen sich die Vertreter von Regionalwährungen auf Gesell und die Praxis von Wörgl. Durch die Nullzinspolitik der europäischen Zentralbank ist die Frage nach einem Negativzins wieder aktuell. Michael Ende hat in seinem Buch ‚Momo' ausführlich auf die Zinsproblematik hingewiesen. „In einem Brief hat Michael Ende bestätigt, ‚dass die Idee des ‚alternden Geldes' im Hintergrund meines Buches ‚Momo' steht. Gerade mit diesen Gedanken Steiners und Gesells habe ich mich intensiver beschäftigt, da ich zu der Ansicht gelangt bin, dass unsere Kulturfrage nicht gelöst werden kann, ohne dass zugleich oder sogar vorher die Geldfrage gelöst wird.'" (Onken 2018/S.94)

Das vorliegende kleine Buch bietet eine breite Information über ein Spezialproblem der Münchener Räterepublik. Es setzt sich sowohl mit der faschistischen Parole der Brechung der Zinsknechtschaft kritisch auseinander, als auch mit skeptischen Stellungnahmen von Thomas Mann oder Max Weber zum Rätegedanken.

Helmut Woll

Gerhard Senft
„Auf uns sind die Blicke der Welt gerichtet ...“ – Die Rätebewegung in Ungarn 1919

Norderstedt: Edition FZA, 2019. 152 Seiten.

Die Ausrufung der ungarischen Räterepublik im März 1919 zählte zu den herausragenderen Ereignissen in Mitteleuropa. Der positiveren Bewertung steht das Verdikt entgegen, es habe sich um ein bizarres Experiment eines doktrinären Kriegskommunismus gehandelt.

Gerhard Senft von der Wirtschaftsuniversität Wien, als Wirtschaftshistoriker, Theoretiker der Wirtschaftspolitik und der sozialen Bewegungen ausgewiesen, geht zunächst der Vorgeschichte nach. Sie ist vom Einfluss der Sozialrevolutionäre und Anarchisten (Johann Most, Josef Peukert, István Várkonyi, Henrik Jenö Schmidt, Pierre Ramus u.a.) oder etwa vom libertären Sozialisten Erwin Szabó nicht zu trennen. In den maßgeblichen Diskussionszirkeln ragen dann mit György Lukács und Karl Polanyi Persönlichkeiten mit beträchtlicher Nachwirkung heraus. Der Verfasser hat die frühen Entwicklungen und die Zäsur des Ersten Weltkriegs nachgezeichnet, zusammen mit den Ausstrahlungen der russischen Novemberrevolution, auch im Vergleich mit den Folgen in anderen Ländern. Ziel war allenthalben die selbstverwaltete Gesellschaft durch Rätekonzeptionen, eine Sozialisierung jedoch nicht im Sinne von Verstaatlichung, sondern Selbstbestimmung der Produzenten mit gesellschaftlicher Rahmenplanung. Der Machtwechsel der sog. Asternrevolution war schnell durch eine Reihe von Problemen (Agrarreform, Nationalitätenproblem, unterschiedliche divergierende linke Kräfte und Konzepte) belastet.

Für Deutschland hat den Ideengehalt und die Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der Revolution von 1918/19 etwa Peter von Oertzen eingehend analysiert (1963). Vor und nach 1968 standen Theorie und Praxis der Modelle direkter Demokratie immer wieder im Blickpunkt von Wissenschaft, Politik und zeitgeschichtlicher Forschung. Senfts souveräne, kenntnisreiche und detaillierte Analyse, die auf die zahlreichen Vorarbeiten hinweist, reiht sich in solche grundlegenden Forschungen ein.

Nachdem sich die „Förderative Ungarische Sozialistische Räterepublik“ ab März 1919 konstituiert hatte, mit dem Lenin-Vertrauten Béla Kun an der Spitze, mit dem marxistischen Ökonomen Eugen „Jenö“ Varga im Obersten Wirtschaftsrat, waren zwar die russisch-bolschewistischen Einflusszonen unverkennbar, aber eben auch „abweichlerische“ Positionen, welche das starre Delegationsprinzip (Sowjets aus Parteidelegierten und aus gesellschaftlichen Organisationen) jedenfalls auf unteren Ebenen durch Wahlen zu den Räten ersetzten.

Die Unterstützung der Räteregierung rekrutierte sich aus sehr inhomogenen Gruppen. Die Haltung der libertären Gruppen war, wie sehr differenziert dargestellt wird, ambivalent. Auffallend ist auch der nicht unerhebliche Anteil von Helene Duczynska. Der wirtschaftliche und soziale Wandel sollte dann durch umfangreiche Verstaatlichungen (Rohstoffindustrien, Verkehrsunternehmen, Banken, Großhandel) eingeleitet werden. Mit dem Obersten Wirtschaftsrat wurde eine maximale Zentralisierung angestrebt. Bemerkenswert waren auch die grundsätzlichen Festlegungen wie Recht auf Arbeit und komplementär die Arbeitspflicht, umfassende Regelung der Sozialpolitik oder auch bei den Mieten, in der Verkehrspolitik. Besondere Kontroversen erwuchsen aus der Neuverteilung von Grund und Boden. Die Mängel der „Bodenreform“ verstärkten namentlich in der Landbevölkerung die Vorbehalte gegen die propagierte „Diktatur des Proletariats“.

Die ungarische Revolution scheiterte letztlich an den zentralen Problemen der Geldwirtschaft. Senfts Vergleich mit den alternativen monetären Konzepten in Mitteleuropa, etwa denen von Otto Neurath, Eugen von Beckerath oder Silvio Gesell, zeigt die damaligen Versuche auf. Für ihn bildet die Kulturpolitik einen Schlüsselbereich. Der Zerfall der ungarischen Räterepublik war schon nach wenigen Monaten unübersehbar. Unter dem Druck Frankreichs und seiner Alliierten war das Ende des Experiments vergleichsweise schnell besiegelt, die Exponenten der Räterepublik gelang die Flucht ins Exil, unter ihnen Béla Kun und Lukács.

In der Folge wurden die Errungenschaften der Revolution schnell beseitigt, vor allem unter der reaktionären Regierung Horthys. Nach den 133

Tagen der Räteherrschaft, in denen die krassen Auswirkungen des „Roten Terrors“ nicht verschwiegen werden, folgten die nicht minder krasseren Verfolgungsserien des „Weißen Terrors“. Mit ihm verbanden sich besonders heftige antisemitische Maßnahmen. Die propagandistische Identifikation von Judentum und Bolschewismus charakterisiert weite Teile der folgenden Terroraktionen. „An die 5.000 der Unterstützung der Räterepublik bezichtigte Menschen wurden hingerichtet, rund 70.000 landeten im Gefängnis, mehr als 100.000 Menschen wurden ins Exil getrieben.“ (S.65) Béla Kun ging ins russische Exil. Eine große Zahl der ungarischen Volkskommissare wird später Opfer des Stalin'schen Terrors.

Die verschiedenen Gründe für das Scheitern der Räterepublik werden vom Verfasser sehr präzise und kritisch dargelegt. (S.67 ff.) Dabei bezieht er die Positionen von Kautsky, Trotzki, Pierre Ramus und auch die späteren Analysen von Hannah Arendt (1963) zur Funktion von Räten und Parteien bei sozialen Umwälzungen mit ein. Damit verknüpft wird eine knappe Übersicht über die Tradierung von Rätemodellen in folgenden Jahrzehnten in verschiedenen Ländern bis in die Gegenwart – als „Schule echter gelebter Demokratie“. (S.71) In der Tat war die Rätebewegung in den Umbruchphasen nach dem Ersten Weltkrieg eine Alternative zum Repräsentativsystem der bürgerlichen Staaten.

Die kritische, mit reicher weiterführender Literatur belegte Studie wird durch interessante Dokumentationen ergänzt. Wie Fritz Platten engagierte sich Anneliese Rüegg (1879-1934) in der Schweiz für die Folgen der russischen Revolution. Ihr Erlebnisbericht über ihre Reise nach Sowjet-Ungarn (1921 publiziert) vermittelt einen plastischen Eindruck, auch von ihrem weiterhin ungebrochenem Optimismus über die erhoffte Wiederauferstehung des ungarischen Proletariats. Joseph Roths frühe Reportagen „Reise durchs Heanzenland“ aus der Endzeit der Räte illustriert die lokalen Auswirkungen auf eine Art und Weise, wie sie dann die späteren Reiseberichte des Schriftstellers mit dem ironisierenden Sinn für elegante feuilletonistische Kleinmalerei auszeichnen wird. Georg Lukács', damals im Volkskommissariat für Bildungswesen, knappe Würdigung der ungarischen Räte von 1979 geht auf die utopistischen Momente ein, betont jedoch auch die sozialistisch geprägten demokratischen Tendenzen und plädiert für eine Weiterführung der räterepublikanischen Tradition.

Eugen Vargas Beitrag über die Organisationsprobleme und Konfliktfelder, der wie Lukács im russischen Exil nach 1933 auch den Terror Stalins überlebte, stammt aus dem Jahr 1920.

Der mit Abbildungen und einer Reihe weiterer Dokumente, wie Flugblätter, anschaulich bereicherte Band liefert eine sehr gut lesbare, komprimierte, insbesondere wirtschaftshistorisch fundierte Darstellung der kurzlebigen Räterepublik Ungarns. *A. Götz von Olenhusen*

Robert Muschalla und Deutsches Historisches Museum (Hrsg.) SPAREN – Geschichte einer deutschen Tugend

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft Theiss-Verlag, 2018. 267 Seiten.

Aus Anlass der im Titel aufgeführten Ausstellung ist dieser Sammelband entstanden. Für die Berliner Sparkasse, Kooperationspartner des Deutschen Historischen Museums für die Ausstellung, nehmen Johannes Evers und Kai Uwe Peters Bezug auf das aktuelle Berliner Sparkassengesetz, wonach die Berliner Sparkasse „die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise“ obliegt. (S. 9 Vorwort) In der Einleitung geht Muschalla auf die Gründung der weltweit ersten Sparkasse 1778 in Hamburg als Institution der Armenfürsorge ein. (S. 11f) Den frühen Sparkassen und der Ausbreitung des Spargedankens wird in den Beiträgen von Jürgen Kocka und Thorsten Wehler nachgegangen.

Das für die Diskussion über eine Geldreform wichtigste Kapitel des Bandes stammt aus der Feder von Carl-Ludwig Thiele: „Die Bedeutung des Bargeldes als Wertaufbewahrungsmittel“. Thiele war von 1990 bis 2010 FDP-Abgeordneter im Bundestag und anschließend bis 2018 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. In seinem Beitrag werden die Geschichte des Bargeldes sowie seine Vorzüge als Geldform aufge-

zeigt. "Barzahlungen ... ermöglichen eine gute Kontrolle der Ausgaben – dies nutzen viele Haushalte, gerade wenn sie weniger Geld zur Verfügung haben, ... Und schließlich schützt Bargeld die Privatsphäre der Menschen. Weihnachts- oder Geburtstagsgeschenke können so ohne Wissen des Partners besorgt werden." Auch gegenüber "Datenkraken" bleibt man anonym. (S. 141)

Zur Wertaufbewahrungsfunktion merkt Thiele an: „Und schließlich kann man auch nicht ausschließen, dass einige Anleger dem Banken- und Finanzwesen gänzlich misstrauen und deshalb Banknoten zurücklegen." (S. 142) Helmut Creutz hätte seine Freude daran zu erfahren, dass auch Thiele der Hortung von Bargeld nachgeht. 2017 seien 1.100 Mrd. Euro in Banknoten ausgeben, davon 600 Mrd. Euro von der Bundesbank emittiert. Ca. 70 % davon befinden sich außerhalb Deutschlands in den Händen von Wirtschaftssubjekten, überwiegend sogar gehalten von Wirtschaftssubjekten außerhalb des Euro-Währungsraumes. Von den 30 % des in Deutschland gehaltenen Bargeldes werden 10 % – gemeint ist wohl ein Drittel – als Transaktionsmittel für alltägliche Geschäfte verwendet und 20 % – gemeint sind wohl zwei Drittel – gehortet. (vgl. S. 144f)

In der Diskussion um die Abschaffung des Bargeldes tritt Thiele für dessen Beibehaltung ein. Der Abschaffung des Bargeldes um die Durchsetzung negativer Zinsen willen widerspricht er unter Hinweis auf eine alternative Wachstumsstrategie, die positive Zinsen wieder ermöglicht – eine altbackene Sichtweise zu Wachstum und Geldreform.

Eine Abbildung zeigt eine Bekanntmachung von Emil Männer, dem provisorischen Volksbeauftragten für Finanzen der Münchener Räterepublik, datiert auf den 16. April 1919. (S. 144) Das Plakat oder der Aushang richtet sich an alle Schrankfachinhaber (Safes). Diese mögen sich einfinden zur Öffnung des Safes und das einliegende Geld auf ein Bankkonto einzahlen. Als Zweck ist angegeben und der Aufforderung vorangeschickt: „Die Zahlungsmittelknappheit macht eine restlose Erfassung des aus Unverstand zurückgehaltenen Bargeldes unbedingt erforderlich. Es fehlen die Mittel, um die Löhne für Angestellte und Arbeiter zahlen zu können. Es fehlt das Geld, um die notwendigsten Lebensmittel den Produzenten zu bezahlen." Es fehlt Thiele also nicht das Grundverständnis für das Anliegen freiwirtschaftlicher Geldreformer.

Den Sammelband beschließt ein Beitrag von Heike Gfrereis mit dem Titel „Geld oder Geiz – Sparen in der deutschen Literatur". Das Sparen in bestimmten Epochen und Zweckzusammenhängen wird behandelt für die Hochindustrialisierung (Dieter Ziegler), für den Krieg 1914-1918 und für die Weimarer Republik (beide Gerd Hardach), für den Nationalsozialismus (Johannes Bähr, seit 1945/48 (Günther Schulz), für das Schulsparen gegen Ende des 19. Jahrhunderts (Sandra Maß). Den Blick über die Grenzen unternehmen Johanna Innes über die Armen und die Armenfürsorge im Vereinigten Königreich um die Wende des 19. Jahrhundert und Michael Moss über die Sparbewegung bis hin zur Privatbank im Vereinigten Königreich. Einen Blick über den Teich unternimmt Sheldon Garon, indem er Ausgabeverhalten in den USA und Sparverhalten in Europa und Asien einander entgegenstellt. Axel Börsch-Supan und Tabea Bucher-Koenen befassen sich mit der Veränderung des Sparverhaltens durch den demografischen Wandel, um Rentenlücken zu schließen.

Der Ansatz des Sammelbandes zum Sparen ist leider eng und zu wenig volkswirtschaftlich angelegt. So werden das makroökonomische Verhältnis von Investition und Sparen, das auf Keynes zurückgehende Sparparadoxon oder die von ihm geschilderte Bananenparabel außerhalb der Betrachtung gelassen. *Jörg Gude*

Philipp Degens
Geld als Gabe – Zur sozialen Bedeutung lokaler Geldformen

Bielefeld: transcript Verlag, 2018. 428 Seiten.

Seit seiner Promotion, deren Forschungsergebnisse Grundlage dieses Buches sind, lehrt Dr. rer. pol. Philipp Degens Sozialökonomie an der Universität Hamburg. In „Geld als Gabe" präsentiert er sowohl das theoretische Fundament als auch die Ergebnisse seiner umfangreichen Feldstudien zu Regiogeldern.

Auch wenn dabei der strikt wissenschaftliche Charakter das stilistisch deutlichste Merkmal

bleibt, bietet der Text wie wenige andere einen ausführlichen und gleichzeitig flüssigen und gut lesbaren Einblick in die ökonomische, anthropologische und soziologische Geldforschung. Dies bietet gerade interessierten Laien und Studieneinsteigern einen wertvollen Zugang in das Thema.

Weit mehr als bisherige Studien zu Regiogeldern stellt die gründliche empirische Auseinandersetzung mit drei Initiativen in Österreich und England im zweiten Teil des Buches eine Bereicherung der Fachliteratur dar. Die Ergebnisse können auch konventionellen Forschungsfeldern zu Wirtschaft und Gesellschaft helfen, monetäre Praxis, Veränderung und Innovation nicht nur zu beschreiben, sondern wo nötig auch durch kohärente Theoriebildung zu fördern.

Im ersten Teil des Buches werden die soziologischen und anthropologischen Grundlagen für dieses Vorhaben in großer Tiefe präsentiert. Dabei diskutiert Degens vergleichend und aufeinander aufbauend vor allem die Beiträge von Karl Polanyi, Viviana Zelizer und Marcel Mauss und ihre Rezeption. Auch wenn er explizit keinen Versuch unternimmt, daraus eine Ontologie oder Definition von Geld zu synthetisieren, bereitet er damit ein plurales Geld- und Wirtschaftsverständnis vor, in dem Diversität einen realitätsnahen Stellenwert hat. (23)

Im empirischen zweiten Teil des Buches sucht Degens vor allem einen ethnographischen Zugang zu regionalen Komplementärwährungen mit einem Methodenmix aus teilnehmender Beobachtung, Dokumentenanalysen und semistrukturierten Interviews. Für ihn bildet die Unternehmensperspektive bei diesem Währungstyp, dem es ausdrücklich um die Förderung der lokalen Wirtschaft geht, konsequenterweise den Forschungsschwerpunkt.

Degens wählt innerhalb der Regiogeldinitiativen drei Fälle für seine Untersuchungen aus, die nach Parametern wie Urbanitätsgrade, Organisation des Herausgebers, monetären Gestaltungsmerkmalen, Erfolgskriterien und Umfeld relativ divers ausfallen. Er untersucht die lokalen Währungen in Brixton (London), Stroud (England) und Vorarlberg (Österreich).

Brixton ist ein Stadtteil von London mit ungefähr 75.000 Einwohnern, mehrheitlich mit Migrationshintergrund und eher einkommensschwachen Haushalten. Hier wird seit 2009 das Brixton Pound auf Papier und, zwischen 2011 und 2018, auch als elektronisches Geld von einer Community Interest Company (CIC) herausgegeben.

Stroud ist eine Kleinstadt mit knapp 15.000 Einwohnern in Gloucestershire, England, nahe der walisischen Grenze, die sich aus dem Niedergang der Textilindustrie heraus heute einen Ruf als alternative, ‚grüne' Stadt erarbeitet hat. Ebenfalls 2009 wurde hier das Stroud Pound durch eine eigens gegründete Genossenschaft herausgegeben.

Vorarlberg ist das westlichste Bundesland von Österreich mit gut 350.000 Einwohnern, in dem als eigenständige Region noch sehr starke Identitätskräfte bestehen. Aus einem Tauschkreis (Talente Tauschkreis Vorarlberg) hat sich hier der Vorarlbergstaler (VTaler) entwickelt – ein Regiogeld, das heute von der Allmenda Social Business eG in verschiedenen Gemeinden und Gegenden der Region auch unter unterschiedlichen lokalen Namen herausgegeben wird.

Degens hat sich während seiner Doktorarbeit bis 2014 in diesen Regionen aufgehalten, in Brixton sogar länger gelebt, eingekauft und die Währung regelmäßig genutzt. Dabei hat er mit Organisator*innen, beteiligten Unternehmer*innen und Konsument*innen gesprochen und auch dezidierte Nicht-Teilnehmende oder Aussteiger nach ihren Eindrücken und Erfahrungen befragt. Insgesamt sind so 46 Interviews und weitere 33 informelle Gespräche geführt und ausgewertet worden.

In Hinsicht auf teilnehmende Unternehmen werden in der Literatur betriebliche Motive genannt, die auf Marketingvorteile und damit auf die Erzielung von zusätzlichen Umsätzen fokussieren. In Degens Studie stellte sich jedoch heraus, dass sich in keinem der drei Fälle signifikante Beispiele für diese Effekte finden ließen. Bedeutsamer scheinen auch für Unternehmen ideelle Motive wie Stärkung der Region, Gemeinschaftlichkeit und Netzwerkeffekte zu sein. Hier verorten viele der Befragten die Gründe für ihre Teilnahme an den Systemen.

Damit ernüchtert Degens zwar empirisch manch landläufige Meinung, denn die ökonomische Wirksamkeit von Regiogeld erweist sich in den drei untersuchten Fällen als sehr gering. Zusammen mit dem ersten Teil des Buches eröffnet dies aber auch den Blick „auf ein vielschichtiges Verhältnis zwischen Regiogeld, Markt, Reziprozität und Redistribution", da selbst Unternehmen die von ihm untersuchten Währungen häufig für Zahlungen der „gabebasierten Art" verwenden: „Hierdurch ist Regiogeld in besonderem Maße symbolisch aufgeladen" (368) und kann dadurch sehr wohl eine dezidierte Wirkung im Wirtschaftsraum entfalten.

Gerade durch ihre geringe wirtschaftliche Relevanz findet Degens bei Regiogeldern solche Geldphänomene deutlich ausgeprägt, die bei herkömmlichen Geldformen entweder unterdrückt sind oder wissenschaftlich nicht wahrgenommen werden (wollen). Insofern zeigt er, dass komplementäre Währungen trotz ihrer wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Randstellung ausgezeichnete Untersuchungsobjekte sind, an denen die Vielschichtigkeit der Geldsphäre einfacher und deutlicher wahrgenommen werden kann.

Auch wenn die wissenschaftliche Tiefe der Theorie- und Rezeptionsanalyse im ersten Teil des Buches sowohl die Lektüre als auch eine entsprechend gründliche Einordnung der empirischen Befunde im zweiten Teil erschwert, ist sie schließlich als Fundament für solch ein weiteres Geldverständnis überaus fruchtbar. In dieser Hinsicht ist es zwar bedauerlich aber auch nicht unbedingt abträglich, dass von den drei hier untersuchten Beispielen nur bei den Vorarlbergern heute noch währungsspezifische Aktivitäten wahrnehmbar sind – das Stroud Pound war sogar bereits zum Zeitpunkt der Studie schon nicht mehr in Umlauf.

Wenn die Definition von Geld nicht im realitätsfremden Tunnelblick auf staatlich herausgegebene Zahlungsmittel beschränkt wird, bieten Komplementärwährungen also ein einmaliges Erfahrungsfeld für Geldtheorien. Dies ermöglicht es, nicht nur die Theorie und Definition von Geld und Währungen den existierenden Phänomenen anzupassen, sondern auch Regulierung, Reform und schließlich die monetäre Praxis in Richtung Nachhaltigkeit und Demokratie zu bereichern. „Geld und Gabe" liefert dazu sowohl den sozialtheoretischen Unterbau als auch die empirischen Grundlagen. „Innerhalb der Komplementärwährungsbewegung", so schließt Degens, „gibt es also durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber, wie ein künftiges plurales Geldsystem ausgestaltet sein sollte. Gemeinsam ist den Projekten aber, dass sie festgefahrene Alltagsvorstellungen von Geld hinterfragen. Sie machen die Geldordnung grundlegend zum Gegenstand (zivil-)gesellschaftlicher Handlungsoptionen und untermauern dies durch handfeste alltagspraktische Erfahrungen, die sie ihren Nutzer*innen bieten." (384)

Leander Bindewald und Jens Martignoni

Ute Scheub
Europa – die unvollendete Demokratie
Eine Vision für die Europäische Union

(Hrsg. von Mehr Demokratie e.V.)
München oekom Verlag, 2019. 96 Seiten.

Rechtzeitig vor der Europawahl 2019 hat die bekannte Politikwissenschaftlerin und Journalistin im Auftrag von Mehr Demokratie e.V. ein Aufklärungs- und Visionsbuch über Europa geschrieben, das lesefreundlich und zugleich gesellschaftlich zielfindend ist. Um die Europäische Union steht es gegenwärtig nicht gut. Wurde sie einst geschaffen, um ein gemeinsames europäisches Haus zu errichten, das Frieden und eine demokratische Wirtschafts- und Sozialordnung garantieren sollte, drohen heute erstarkter Nationalismus und Rechtspopulismus den Bestand der EU zu gefährden. Somit könnte die Wahl zum Europa-Parlament zu einer Schicksalswahl von dramatischer Bedeutung werden, wie es der „Brexit" zeigt. Deshalb gilt es, die augenblicklichen Schwächen der EU zu sehen, aber auch die „Baupläne für eine neue Architektur des europäischen Hauses" zu schaffen.

Die Schwäche sieht die Autorin in wesentlichen Konstruktionsfehlern der EU zu Beginn ihres Aufbaus. Diese sind z.B.: fehlende Gewaltenteilung, Bürgerferne, zu viel Regulierung und zugleich zu viel Deregulierung, die kalte Sprache der „Wettbewerbsfähigkeit", die Förderung von Ungleichheit und Spannungen in der 19 Länder

umfassenden Eurozone, der Agrarwahnsinn, die Verpflichtung zur Atomenergie, die zunehmende „Militarisierung und Versicherheitlichung“ und die strukturell mögliche Errichtung von einem „Europa der Konzerne“.

Wie aber muss das europäische Haus umgebaut werden, wenn es Vorbild und Zukunft für europäische Länder und Bürger werden soll?! Zunächst gilt es freie gesellschaftliche Denkspiele zu erlauben, die wichtige Diskurse auslösen sollen. Ute Scheub denkt daran, dass zunächst das europäische Haus von Grund auf renoviert werden müsste. Um ein neues Fundament zu legen, müssten die bestehenden EU-Verträge umgeschrieben werden, „denn die Krankheit Europas besteht vor allem aus einem Desinteresse vieler seiner Amts- und Mandatsträger an einer weiteren Europäisierung“. (S. 51) So muss ein vernünftiges europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen geschaffen werden. Dies wurde bisher von fast allen Nationalstaaten verhindert. Zugleich müssten alle intransparenten Verfahren und Geheimnispapiere, die das Parlament nicht einsehen darf, abgeschafft werden. Ebenso sollte aus der „Festung Europa“ ein „Haus mit Gästezimmern“ errichtet werden, um eine vernünftige und menschliche Flüchtlingspolitik in Europa zu etablieren. Wichtig und unaufgebbar ist aber endlich eine wirkliche Währungs- und Sozialunion herzustellen mit nur einer Gemeinschaftskasse, um solidarisch für alle Bürger Europas wirken zu können.

Um die EU bürgernah zu gestalten, sollten in allen europäischen Regionen Bürgerdialoge stattfinden, die der Frage nachgehen: „Wie wollen wir in den nächsten Jahren anders und besser leben?“ (S. 63) Denn nur wo diese Frage zuerst gestellt wird, können technisch-praktische Verfahren zielführend eingesetzt oder ausgeschlossen werden. Dies wäre endlich wahre Bürgerbeteiligung und partizipative Demokratie! Praktisch ließe sich dies verwirklichen über ein repräsentatives Losverfahren für einen „Zukunftsrat“ von Bürgern, der zum „Sprachrohr der Bürger“ für Parlament und Regierung wird und beratend mit Kritik und Wünschen die gesellschaftspolitischen Diskurse mitbestimmen kann. Und endlich müsste eine zukunftsträchtige Energie-, Klima- und Mobilitätspolitik betrieben werden, so dass für alle – Länder und Regionen, Städte und Dörfer, Kinder und Erwachsene – eine Win-Win-Situation entstünde durch umweltgerechtes Wirtschafts- und Sozialverhalten. Auch die Medien- und Kulturpolitik sollte sich nicht mehr von Internetgiganten der USA bestimmen lassen, wenn man wirklich eine Friedenspolitik betreiben will, die nicht auf militärischer Stärke und Abschreckung beruht, sondern neben repräsentativer auch direkte und konsultative Demokratie betreibt. Daraus könnte vielleicht sogar eine Europäische Republik entstehen, die gleichsam aus zwei Kammern besteht und direkt vom europäischen Souverän gewählt wird: ein EU-Senat (mit zwei SenatorInnen pro Region, Provinz oder Metropole) und ein EU-Abgeordnetenhaus (eine Stimme pro Person). Auch der Präsident oder die Präsidentin der EU-Kommission würde vom europäischen Souverän direkt gewählt.

Noch ist dies alles Zukunftsmusik, aber für die Autorin ein denkerischer Entwurf für den Bau eines neuen demokratischen Europahauses, über das Robert Menasse, der Europakenner, gegenwärtig urteilt: „Wir leben in einer Demokratie, die wir erst erkämpfen müssen.“ Das ist zugleich der Leitspruch der Autorin für ihr wichtiges Buch, der von uns allen beherzigt werden muss, wenn das europäische Haus bewohnbar bleiben soll. Zusammenfassend sagt die Autorin: „Wenn die EU ihre Legitimität stärken will, werden Aktivisten und Europaretterinnen aus Brüssel und anderswo große Schritte wagen und mitreißende Visionen formulieren müssen – unter Einbeziehung möglichst aller, die in sie hineingeboren oder -gewandert sind.“ (S. 87) *Christoph Körner*

Norbert Häring
Schönes neues Geld
PayPal, WeChat, AmazonGo – Uns droht eine totale Weltwährung

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2018. 256 Seiten.

Dr. Norbert Häring ist Wirtschaftsjournalist und Mitbegründer der internationalen Ökonomenvereinigung „World Economics Association“. Er schreibt nicht nur für das „Handelsblatt“, sondern auch populäre Wirtschaftsbücher wie „Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen“.

(2016) Darüber hinaus betreibt er den Blog "Geld und mehr".

Der Titel seines neuen Buches soll uns an Aldous Huxleys „Schöne neue Welt" (englisch „Brave New World") erinnern. Huxley beschrieb bereits 1932 in Romanform eine zukünftige Gesellschaft des Jahres 2540, in der angeblich „Stabilität, Frieden und Freiheit" gewährleistet, tatsächlich jedoch die Menschen indoktriniert und für ihre Aufgabenerfüllung in einem Kastenwesen abgerichtet werden.

Härings Buch ist jedoch kein Roman, sondern eher ein Sachbuch, wenn auch der Grundton einer gruseligen Dystopie uns vor dem warnen soll, was Häring nicht erst für 2540 erwartet, sondern in seinen Anfängen schon heute realisiert sieht: eine totalitäre Weltwährung, mit der wir – unter Zuhilfenahme einer biometrischen Mega-Datenbank – von heimlichen Schattenmächten von der Wiege bis zur Bahre überwacht werden.

Tatsächlich ist sehr interessant, was der Autor an Informationen zusammengetragen hat, denn solche Hintergrundinformationen werden uns von den Mainstream-Medien nicht oder höchstens versteckt geliefert. So berichtet Häring, dass die US-Unternehmen MasterCard und Visa bereits 2005 auf einer Konferenz zum Zahlungsverkehr verlautbarten, mit neuen Kartenlösungen „in den Krieg ziehen" bzw. einen „Krieg gegen das Bargeld" führen zu wollen. (S. 24) In der Folge gründete Microsoft-Gründer Bill Gates 2008 die „Alliance for Financial Inclusion" (AFI), zu Deutsch: „Allianz für Finanzielle Inklusion", die von der deutschen „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit" (GIZ) organisiert wird (S. 53-54).

Ab 2012 haben sich dann die Anti-Bargeld-Krieger in einer „Better Than Cash Alliance", also eine „Besser-als-Bargeld-Allianz", zur Aufgabe gemacht, weltweit das Bargeld durch digitale Bezahlverfahren zu ersetzen. Zu ihren Gründungsmitgliedern zählten die Gates-Stiftung, das Omidyar Network des Ebay-Gründers Pierre Omidyar, die große US-Bank Citi, VisaCard und die Ford-Stiftung. Das Sekretariat ist beim "United Nations Capital Development Fund" (UNCDF) angesiedelt (S. 26).

Im Hintergrund wirke jedoch, so Häring, das Weltwirtschaftsforum (WEF), das „Programme für die Förderung der Digitalisierung des Zahlungsverkehrs und, damit zusammenhängend, zur Unterstützung des Aufbaus umfassender biometrischer Bevölkerungsdatenbanken" unterhält oder unterhielt. Auch habe die Besser-als-Bargeld-Allianz einen Vorläufer in der bereits 1995 gegründeten und bei der Weltbank angesiedelten „Consultative Group to Assist the Poor" (CGAP).

Das Ziel all dieser mächtigen Interessengruppen sei letztlich dasselbe: „möglichst viele Menschen möglichst eng in das von den USA dominierte formelle Finanzsystem einzubinden". (S. 38-39) Und dies geschehe unter dem wohlklingenden Namen „Finanzielle Inklusion". „Ehrlich gemeint wäre finanzielle Inklusion eine gute Sache". (S. 42) Doch die Bezeichnung sei nur „Neusprech für die Bargeldbeseitigung", so Häring. Man müsse ziemlich misstrauisch eingestellt sein, um als Uneingeweihter bei 'Hilfe für finanziell Ausgeschlossene' an das zu denken, was tatsächlich damit gemeint sei – nämlich Bargeldnutzer durch Druck zu zahlenden Kunden der Finanz- und Telekommunikationsbranche zu machen. „Doch genauso ist es", ist sich Häring sicher (S. 43).

Die Gates-Stiftung betreibe im Hintergrund durch finanzielle Unterstützung die Marktöffnung vieler armer Länder, insbesondere in Afrika, für die „innovativen" Technologien. Daher bezeichnet Häring die Gates-Stiftung als „Dompteur von fast 100 Zentralbanken armer Länder". (S. 53ff) So wurden beispielsweise im Jahr 2013 13 Millionen Nigerianer von MasterCard mit biometrischen Personalausweisen ausgestattet, die gleichzeitig Bezahlkarten sind. In Kenia führte der Anbieter Safaricom eine Bezahlmöglichkeit per Mobiltelefon ein. Doch aufgrund hoher Nutzungsentgelte profitierten statt der marginalisierten Bevölkerungsteile vor allem der Betreiber und seine Muttergesellschaft in Großbritannien, der Vodafone-Konzern. Die Lebensbedingungen der armen Menschen wurden nicht verbessert. (S. 58ff).

Die Methode der Geschäftemacherei mit den Armen dieser Welt vergleicht Häring mit den einst hochgelobten Mikrokrediten. (S. 38ff) 2006 wurde der bengalische Wirtschaftswissenschaft-

ler Muhammad Yunus als einer der Begründer des Mikrofinanz-Gedankens mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Doch wenige Jahre später zeigte sich, dass immer mehr Kreditnehmer wegen der hohen Zinsen in Schwierigkeiten kamen und nicht wenige nur noch im Selbstmord einen Ausweg aus ihrer verzweifelten Lage sahen. Häring beschreibt, wie die Armen auch mithilfe der neuen Technologien ausgepresst werden, statt ihnen wirklich zu helfen. Echte Entwicklungshilfe setzt für ihn genau umgekehrt an: „Wenn man ihnen die Chance gäbe, genügend Geld zu verdienen, würden die Finanzdienstleistungen von selbst kommen." (S. 42)

Norbert Härings Buch rüttelt schlafende Geister wach. Leider wirkt es aber auch etwas einseitig und ich hätte mir gewünscht, dass er auch den Potenzialen der finanziellen Inklusion Raum gegeben hätte. Schließlich können wir Geld auch so gestalten, dass es allen Menschen gleichberechtigt dient. *Beate Bockting*

Brigitta Gerber, Ulrich Kriese (Hrsg.) Boden behalten – Stadt gestalten

Zürich: rüffer und rub Verlag, 2019. 432 Seiten.

Wie sieht ein sinnvoller und gerechter Umgang mit der endlichen Ressource Boden aus? Und wie können Städte und Gemeinden diese Herausforderungen meistern? Mit den Beiträgen von über 30 Autorinnen und Autoren versammelt das Buch „Boden behalten – Stadt gestalten" Beispiele internationaler Innovationen, Initiativen und Praktiken und regt zur Entwicklung eigener Ideen und Aktivitäten sowie zum Austausch an.

Ein beträchtlicher Teil der Bodenfläche gehört der öffentlichen Hand, also den Bürgerinnen und Bürgern. Der Druck von Großinvestoren wird jedoch immer größer, denn Boden ist begehrt, wertsicher und nicht vermehrbar. Das Buch „Boden behalten – Stadt gestalten" gibt einen Blick auf die Herausforderungen der Bodenpolitik – steigende Mieten, Wohnungsnot, Stadtentwicklung und Landverbrauch. Und es bietet Lösungsansätze an: von Wien und Zürich über Singapur und Hongkong bis zu den Erfahrungen aus den USA und Großbritannien gibt es internationale Modelle des gemeinwohlorientierten Umgangs mit Grund und Boden, die hier vorgestellt werden. Auch am Beispiel der erfolgreichen Basler Bodeninitiative sowie weiterer Initiativen aus Deutschland (u.a. aus Berlin und München) wird gezeigt, was eine informierte und engagierte Zivilgesellschaft in bodenpolitischen Fragen erreichen kann. Die Auseinandersetzungen mit der Geschichte des Bodenrechts und dem Erbbaurecht als dem zentralen bodenpolitischen Instrument ergänzen das Werk mit weiteren Impulsen und Informationen. Zusammen mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien legen die Herausgeber Brigitta Gerber und Ulrich Kriese mit „Boden behalten – Stadt gestalten" eine Materialsammlung und Handreichung gleichermaßen vor: für alle bodenpolitisch Engagierten. *Red.*

Ralf Becker & Stefan Maaß & Christoph Schneider-Harpprecht (Hrsg.)

Zivile Sicherheitspolitik – Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040

Karlsruhe: Evangelische Landeskirche in Baden,
2. Auflage 2018 und 2019. Langfassung 166 Seiten -
ISBN: 978-3-8079-9992-0 / Kurzfassung 35 Seiten.
Bezug: http://shop.ekiba.de/

„Die derzeitige militärgestützte Sicherheitspolitik schafft keine dauerhafte Sicherheit, sondern ständig neue Unsicherheiten. ... Fast kein Auslandseinsatz der Bundeswehr seit dem Jahr 2000 hat seine ursprünglichen Ziele erreicht. ... Was momentan jedoch vor allem fehlt, ist eine konkrete Vorstellung davon, wie Konflikten und Bedrohungen nicht militärisch begegnet werden kann. ...

Momentan ist die Europäische Union an einem Scheideweg. Sie beginnt, den Weg weg von einer Zivilmacht hin zu einer Militärmacht zu beschreiten. Sie könnte aber auch einem anderen Weg folgen: Sie könnte vermehrt als Zivil- und Friedensmacht auftreten. Dafür müssten jedoch vor allem zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung verstärkt angewendet und eine friedenslogische Politik verfolgt werden."

Eine Rezension zu dieser Denkschrift folgt demnächst in der Onlineausgabe der „Zeitschrift für Sozialökonomie" – www.zfsoe-online.de

Vom „Geld ist Zeit“ zum rhythmischen Wirtschaften

„Die Verwendung des Geldes zur Vermehrung von Wert, die ‚Chrematistik‘, ist – so Aristoteles – ganz und gar unnatürlich. ... Der Akkumulationszwang ist das Kraftzentrum des Kapitalismus, von dem alle strukturelle Gewalt ausgeht. ... Die Orientierung des gesamten Lebens am Gelderwerb wird zum Spaltpilz des friedlichen Zusammenlebens. ... Die Dominanz der Finanzindustrie verschärft die soziale Ungleichheit noch mehr, als die Realwirtschaft es tut. ... Eine Gelderwerbswirtschaft stülpt also der Welt ein anderes Zeitmuster auf als eine einfache geldvermittelte Tauschwirtschaft. An die Stelle von Kreisläufen und Rhythmen, an die Stelle von Regenerativität, Reziprozität und Reflexivität tritt unter dem Zwang der Geldvermehrung eine lineare, letztlich exponentielle Bewegung. ... In der Gleichung ‚Zeit ist Geld‘ begegnet uns ... die ganze Arroganz der europäischen Moderne, die das Geld zu ihrem neuen Gott erhoben hat. ... Die gigantische Beweglichkeit des Geldes, seine atemberaubende Fließgeschwindigkeit und die Möglichkeit, es zu speichern, führen zur Verwischung aller Grenzen, zwischen Räumen wie zwischen Zeiten. ...

Natürlich müssen auch in einer zeitbewussten Wirtschaft Mittel für private und öffentliche Investitionen zur Verfügung gestellt werden, aber dies kann auch durch zinsfreies öffentliches Geld oder durch ‚negative Zinsen‘ bei privaten Ersparnissen geschehen. Wenn Geld nämlich nur als Transportmittel für Waren begriffen wird und man dabei, wie bei anderen Transportmitteln auch, davon ausgeht, dass diese vor sich hin rosten, also mit der Zeit an Wert verlieren, ist es angebracht, das Bunkern von Geld nicht zu belohnen, sondern zu bestrafen. ...

Wer die Eigentumsfrage so beantwortet, wie das hier geschieht, der müsste konsequenterweise für eine Revolution der tatsächlich herrschenden globalen Eigentumsordnung eintreten. Sie bestünde im Kern darin, die Erde als Miet- und Pachtobjekt zu betrachten, das den Erdbewohnern immer nur für eine bestimmte Zeit zur Nutzung überlassen wird.“

Prof. Dr. Fritz Reheis, Die Resonanz-Strategie – Warum wir Nachhaltigkeit neu denken müssen. München: oekom Verlag, 2019, S. 277, 282, 286, 296, 299, 301-304 und 335-336.

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dr. Leander Bindewald
c/o MoNetA im Lebensgarten Steyerberg
Ginsterweg 5, 31595 Steyerberg

Beate Bockting
Aldruper Brink 75, 48268 Greven

Dr. Max Danzmann
Arcostr. 80, 15831 Mahlow

Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude
Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Dr. Christoph Körner
Erlbachtal 40, 09306 Erlau bei Mittweida

Dr. Ulrich Kriese
Sprecher für Bau- und Siedlungspolitik im NABU
Fahrnauer Str. 4, 79650 Schopfheim

Jens Martignoni
c/o FleXibles
Joweid Zentrum 1, 8630 Rüti ZH / Schweiz

Dr. Daniel Mühlleitner
c/o Hochschule Weihenstephan-Triesdorf
Markgrafenstraße 16, 91746 Weidenbach
privat: Gostenhofer Hauptstraße 24,
90443 Nürnberg

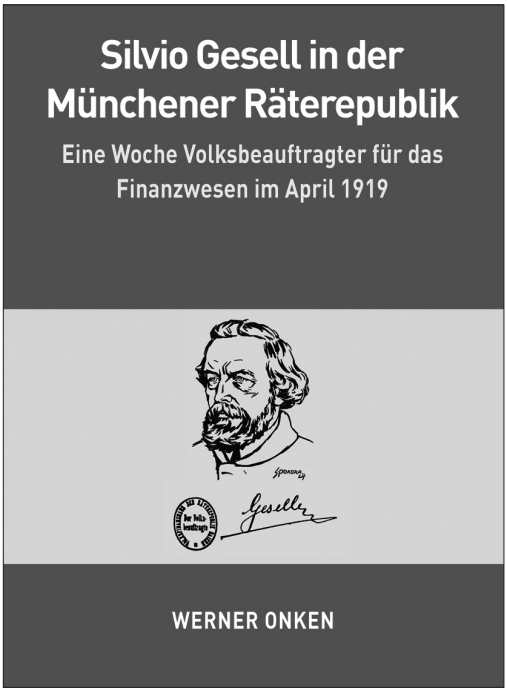
Prof. Dr. A. Götz von Olenhusen
c/o Heinrich-Heine-Universität
Lindenstr. 255, 40235 Düsseldorf

Thomas Seltmann
Weilburger Weg 30, 40229 Düsseldorf

Prof. Dr. Johann Walter
c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft
Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

Dr. Ferdinand Wenzlaff
Zimmerstr. 29, 22085 Hamburg

Dr. Helmut Woll
Falkenberger Str. 52, 28215 Bremen



Werner Onken

Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919

Oldenburg 2018 | 110 S. | 16,00 Euro | ISBN 978-3-933891-31-0

Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könnten seine Geld- und Bodenreformvorschläge angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

Bezug: Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.
E-Mail: post@dieterfauth.de (Lieferung frei Haus).

In Europa mündete das Aufbegehren der Arbeiterschaft in der Endphase des Ersten Weltkrieges vielerorts in eine revolutionäre Situation, wobei die entstehende Rätebewegung eine Erneuerung der politischen Strukturen auf der Basis einer kollektiven Selbstverwaltung anstrebte. Zu den Besonderheiten der Entwicklung in Ungarn im Frühjahr 1919 gehörte, dass sich der Übergang von einem bürgerlich-demokratischen System zu einer Räterepublik auf friedlichem Wege vollzog. Der vorliegende Band bietet einen knapp und kompakt gehaltenen Überblick, der nicht nur verschiedene Forschungsergebnisse zum revolutionären Prozess in Ungarn 1918/19 zusammenfasst, sondern auch bislang in der Literatur vernachlässigte Aspekte einbringt sowie neue Zugänge zur Thematik erschließt. Behandelt werden das ambitionierte Programm und die Aufbaumaßnahmen der Räteregierung ebenso wie verschiedene Fehlentwicklungen und Versäumnisse. Abschließend wird die Frage der Gewalt in revolutionären Situationen erörtert. Zeitzeugenberichte und Dokumente im Anhang vervollständigen das Bild der Geschehnisse.

Gerhard Senft

Auf uns sind die Blicke der Welt gerichtet …

Die Rätebewegung in Ungarn 1919

152 S. | Softcover | 15,90 € | ISBN 978-3-903104-10-5
Verlag Edition FZA | Norderstedt 2019

Neuauflage

HELMUT CREUTZ

Das Geld-Syndrom

Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung

Ergänzt um einen Beitrag zur Niedrigzinsphase sowie mit aktualisierten Grafiken!

HELMUT CREUTZ
Das Geld-Syndrom
Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung

495 Seiten, 14 x 22 cm
mit Fadenheftung gebunden
und Schutzumschlag,
zahlreiche Grafiken,
Abbildungen und Tabellen.
28,00 €
ISBN: 978-3-96230-002-9

- Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer?
- Weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer?
- Warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff?
- Weshalb müssen wir trotz fortschreitender Umweltzerstörung jedes Jahr die Leistung unserer Wirtschaft steigern?
- Warum geht trotz dieser Steigerung die Schere zwischen Arm und Reich weiter auf?

Vielleicht haben Sie sich das auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren.

Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende und einleuchtende Weise, wie alle diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen und bietet sinnvolle und kompetente Reformvorschläge.

Die Neuauflage enthält einen der letzten Aufsätze von Helmut Creutz zur Niedrigzinsphase sowie ein Nachwort von Thomas Kubo mit aktualisierten Grafiken.

Verlag Thomas Kubo - Münster | www.thomaskubo.de

ZfSÖ